

16.07.2020

## **Eindämmung des Grauen Wohnungsmarktes SPD-Fraktion setzt auf das Modell Housing First**

Die SPD-Fraktion hat für den Sozialausschusses einen Prüfauftrag zum Thema „Grauer Wohnungsmarkt“ eingereicht. „Aus Sicht der Fraktion sind die Umstände, unter denen die Menschen in den Objekten untergebracht sind, teilweise nicht haltbar“, so der Fraktionsvorsitzende Ulf Prange.

Ein anderer, aber aus Sicht der Fraktion wesentlicher Aspekt in der bestehenden Diskussion ist, dass es neben der bloßen Unterbringung der Menschen, die derzeit zum Teil ohne Zukunftsperspektiven am Rand der Gesellschaft stehen, insbesondere darum gehen muss, die Lebenssituationen nachhaltig zu verbessern. Aus diesem Grund hat die SPD-Fraktion beantragt, dass die Verwaltung das Modell „Housing First“, welches in anderen Ländern aber auch teilweise in Deutschland mit Erfolg praktiziert wird, auch für Oldenburg geprüft werden soll. In Finnland konnte beispielsweise die Obdachlosenzahl um 80 Prozent gesenkt werden.

Derzeit bekommen von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen erst dann eine Wohnung, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Dieses System führt zur Obdachlosigkeit und bringt den hiervon betroffenen Personenkreis in dauerhafte Probleme und Nöte. „Wenn wir so weiter agieren, wie bisher, werden wir immer mehr Obdachlosigkeit und Perspektivlosigkeit produzieren. Deshalb brauchen wir einen Paradigmenwechsel“, ist sich die Germaid Eilers-Dörfler, Vorsitzende des Sozialausschusses, sicher.

Hier muss zwingend ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Im Modell Housing First bekommen die Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben zuerst eine Wohnung, damit die wieder einen festen Wohnsitz haben. Die Kosten hierfür werden von der Kommune bezahlt. Daneben werden sie umfassend betreut, um letztendlich wieder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Aus Sicht der SPD-Fraktion rechnet sich das Modell dauerhaft und hat den Vorteil, dass die Lebenssituation der betroffenen Menschen

entscheidend verbessern kann. „Das ist doch das, was wir erreichen wollen“, drückt Eilers-Dörfler ihre Hoffnung aus, dass die Stadt der Politik praktikable Vorschläge in diese Richtung machen wird.